

Gerhard Schmid

Schluss mit dem Spiel ohne Grenzen!*

1. Europa ist kein exklusiv christlicher Club

Die Formel vom christlichen Abendland ist ein mittelalterlicher Traditionsstrang, der mit der Wirklichkeit heutiger Gesellschaften nichts mehr zu tun hat. Abgesehen davon, dass bereits fast 15 Millionen Muslime in der EU leben – von einer homogenen Christenheit kann gar keine Rede sein. Solange ein katholischer Geistlicher sein Amt verliert, wenn er bei einem evangelischen Gottesdienst am Abendmahl teilnimmt, solange es die anglikanische Kirche in England und die orthodoxe Kirche in Griechenland gibt, ist der einheitliche christliche Club nicht mehr als Wunschdenken. Außerdem gibt es einen Riesenunterschied zwischen der Zahl der Taufscheinchristen und der Anzahl aktiver Gläubiger. Dazu kommt, dass einer der Kernstaaten der EU, nämlich Frankreich, strikt laizistisch ist. Nicht ohne Grund enthält der Entwurf der Europäischen Verfassung keinen Gottesbezug.

2. Die Debatte ist nicht neu

Bereits das Assoziationsabkommen von 1963 eröffnet der Türkei eine Beitrittsperspektive. Im Jahre 1987 stellte die Türkei einen Antrag auf Vollmitgliedschaft, der 1990 vorläufig zurückgewiesen wurde. Der Europäische Rat von Luxemburg stellte 1997 fest, dass die Türkei für einen Beitritt in Frage kommt. Der Rat von Helsinki bestätigte 1999 ausdrücklich die Beitrittsperspektive und der Rat von Kopenhagen beschloss im Dezember 2002, dass im Dezember 2004 aufgrund eines Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission geprüft wird, ob die Türkei die Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erfüllt.

3. Die Debatte eignet sich nicht für Wahlkämpfe

Alle deutschen Bundesregierungen haben diese Türkeiipolitik mitgetragen, alle europäischen christdemokratischen Regierungen haben den entsprechenden Be-

* Vortrag von Gerhard Schmid, MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, auf der Tagung »Neue Grenzen, alte Werte. Europa auf der Suche nach sich selbst« der Akademie für politische Bildung, Tutzing, am 7. und 8. November 2003 in Regensburg.

schlüssen zugestimmt. Wer sich von der Kontinuität dieser Politik entfernen will, braucht gute Gründe und sollte dies nur nach einer sorgfältigen Diskussion darüber tun. Es gibt durchaus solche guten Gründe. Wer aber aus populistischen Motiven den Beitritt zum Gegenstand des nächsten Europawahlkampfes machen will, bescheinigt sich selbst, regierungsunfähig zu sein. Übrigens entscheidet das Europäische Parlament während der nächsten Legislatur nichts im Zusammenhang mit dem möglichen Beitritt der Türkei. Die Bundesregierung entscheidet zusammen mit den anderen Regierungen im Rat, ob Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Das ist lange bekannt. Herr Stoiber hätte deshalb bei seiner Kanzlerkandidatur das Thema aufgreifen müssen, wenn es ihm ernst damit gewesen wäre. Das Thema bei der Europawahl aufzugreifen ist Schattenboxen und nichts anderes.

4. Die Argumente für einen Beitritt

Es gibt durchaus Argumente für einen Beitritt der Türkei zur EU:

- Der Beitritt eines muslimischen Staates zeigt beispielhaft, dass Demokratie und Islam kein Widerspruch in sich sind. Die Türkei kann Vorbildcharakter für die Region entwickeln.
- Der Beitritt erleichtert die Integration der Türken, die bereits in der EU leben.
- Der Beitritt stabilisiert den Reformprozess in der Türkei und ist eine Versicherung gegen eine radikale Islamisierung.
- Eine fest mit der EU verbundene Türkei kann aufgrund ihrer geostrategischen Lage eine erhebliche Rolle bei der Europäischen Sicherheits- und Außenpolitik spielen.
- Die Türkei wird Transitland für Energierohstoffe aus der kaspischen Region, Turkmenistan, Aserbeidschan, Irak und Iran werden.
- Die Lösung des Zypernkonflikts wird befördert.

Manches an diesen Argumenten ist richtig, manches eher Wunschdenken. Entscheidend ist aber: Es gibt keinen einzigen sicheren und wichtigen Vorteil, aufgrund dessen die Türkei unbedingt in die EU aufgenommen werden muss. Alle für die EU damit angestrebten Vorteile lassen sich auch mit anderen Instrumenten im Rahmen des Assoziationsvertrages und der Zollunion erreichen.

5. Argumente gegen einen Beitritt

Es gibt genauso gute Gründe gegen einen Beitritt der Türkei:

- Das geringe Bruttosozialprodukt (25 % BIP des EU- Durchschnitts), die astronomische Inflationsrate und der hohe Anteil der Landwirtschaft an der Erwerbsarbeit (35 % in der Türkei, 4,2 % in der EU) verbieten es, die türkische Wirtschaft starr mit dem Europäischen Binnenmarkt zu verbinden.
- Das wirtschaftliche Gefälle wird erhebliche Wanderungsbewegungen auslösen und Finanztransfers von etwa 20 Milliarden € netto im Jahr erfordern.

- Die Menschenrechte werden in der Türkei angesichts von Gesinnungsgefängnissen, Folter und kultureller Unterdrückung der Kurden massiv verletzt. Zwischen den inzwischen eingeleiteten rechtlichen Verbesserungen und der Praxis liegen noch Welten.
- Der Einfluss des Militärs ist zwar formal begrenzt worden, besteht aber in der Praxis immer noch fort.
- Die Türkei grenzt direkt an Krisengebiete an und würde der EU eine Außengrenze zum Iran, zum Irak, zu Syrien, zu Armenien und zu Aserbeidschan bescheren mit dem Risiko möglicher Verwicklungen in Konflikte.
- Die Mentalität der Mehrheit der Bevölkerung ist noch nicht europäisch. Seit der Gründung der modernen Türkei sind gerade 80 Jahre vergangen – eine Generation! Die diesseitigen moralischen Werte des Christentums und des Islam sind gar nicht so verschieden und könnten durchaus eine gemeinsame Wertebasis darstellen. Aber die politische Kultur Europas beruht heute vor allem auf den Werten der philosophischen Aufklärung und der französischen Revolution. Was da in mehreren Generationen gewachsen ist, lässt sich nicht auf Flaschen ziehen und für einen Schnellkurs exportieren. Das mag bei Einzelnen gehen, aber nicht bei einer ganzen Gesellschaft. Solange in Deutschland 14-jährige Mädchen der dritten türkischen Generation vom Vater nach Anatolien zwangsverheiratet werden, gibt es ernsthafte Zweifel am Erfolg schneller Anpassung an europäische Verhaltensweisen.

Für diese Sachverhalte gilt aber, dass sie sich mit der Zeit verändern können. Es sind gute Argumente gegen einen zu frühen Beitritt der Türkei, aber es sind keine Argumente, die einen Beitritt in aller Zukunft ausschließen würden. Dazu bedarf es einer anderen Begründung. Allerdings müssen diese Argumente dazu führen, dass höchste Vorsicht beim Beginn von Verhandlungen angesagt ist. Diesen wird ein Bericht der Europäischen Kommission vorausgehen. Die Fähigkeit, der Glatze Locken zu frisieren, ist dort aber sehr ausgeprägt! Vor allem erzeugt der Beginn von Beitrittsverhandlungen einen Zugzwang, der in einem viel zu frühen Beitritt münden könnte.

6. Was prinzipiell gegen weitere Beitritte spricht

Das Dilemma ist: Die EU hat über Beitritte bisher fallweise und nicht vor dem Hintergrund eines Leitbilds für den Endzustand der EU entschieden. Aber auch ohne Festlegungen über die Finalität der EU lässt sich bereits jetzt einiges schon sagen:

- Eine demokratisch verfasste EU mit einer funktionierenden Volksvertretung kann man nicht beliebig groß machen. Werden die restlichen Balkanstaaten und die Türkei aufgenommen, dann bläht sich entweder das Parlament zur Arbeitsunfähigkeit auf oder wir haben in Deutschland z. B. statt 99 nur mehr 80 Abgeordnete, andere Staaten entsprechend weniger. Schon heute sind die Wahlkreise viel zu groß!
- Eine Freihandelszone kann man mit beliebigen Partnern machen. Eine soziale Marktwirtschaft mit dem dazugehörigen Ressourcentransfer wird vom Wähler nur akzeptiert, wenn die Empfänger als »dazugehörig« empfunden werden.

- Eine um die Balkanstaaten und die Türkei erweiterte EU wird auf sehr lange Zeit eine weitere Vertiefung und Entwicklung der EU nicht zulassen. Das Risiko, dass sich die EU dann zu einer Freihandelszone mit Regierungszusammenarbeit zurückentwickelt, ist erheblich. Im Zusammenhang mit der Osterweiterung ist stets von einem begrenzten Zeitfenster der Möglichkeit für Beitritte die Rede gewesen. Auch für die Vertiefung gibt es ein begrenztes Zeitfenster, nach dessen Ablauf die zentrifugalen Kräfte die Oberhand gewinnen werden.

Ich bin deshalb dafür, dass wir spätestens nach dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien mit der Erweiterung Schluss machen. Die Menschen akzeptieren kein Europa, das ein Spiel ohne Grenzen ist.